©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Notizen

WOLFGANG W. WITTWER

DEUTSCHLAND NACH 1945. ENTSTEHUNG UND ENTWICKLUNG DER BUNDESREPUBLIK UND DER DDR

Ein neuer Förderungsschwerpunkt der Stiftung Volkswagenwerk

I.

Die besonderen deutschen Entwicklungsbedingungen für die zeitgeschichtliche Forschung haben dazu geführt, daß diese bisher überwiegend auf die Weimarer Republik und die nationalsozialistische Zeit konzentriert war. Erst seit einigen Jahren wird die zweite deutsche Nachkriegszeit in ihren auswärtigen und internationalen Bezügen zu einem expandierenden Arbeitsgebiet mit Entwicklungsproblemen, wie sie für einen in raschem Aufbruch befindlichen Bereich naheliegend sind. Das Interesse der Forschung wird geweckt durch neue, bisher nicht zugängliche Quellenbestände und durch die Befürchtung, daß Überlieferungen durch den Tod informierter Zeitgenossen und durch die Vernichtung von üblicherweise nicht archivwürdigem Material verlorengehen könnten. Die begrenzte Umorientierung der Wissenschaft, in der die Nachkriegszeit zum Gegenstand der geschichts- und sozialwissenschaftlichen Forschung wird, entspricht zugleich einem sich verändernden öffentlichen Bewußtsein, in dem zunehmend die Zeit seit 1945 als eigenständiger historischer Abschnitt verstanden wird. Diese allgemeine Veränderung findet ihren deutlichsten Ausdruck in dem breiten Zugriff der Medien und in der Verwendung zeitgeschichtlicher Motive in der aktuellen politischen Auseinandersetzung. Daraus erwächst der Forschung die Aufgabe, empirisch-kritisch Sachverhalte und Zusammenhänge aufzuzeigen und zu analysieren – auch um historischen Legendenbildungen, die aus den verschiedensten Gründen entstehen könnten, entgegenzuwirken.

II.

Die Stiftung Volkswagenwerk hat, auf der Grundlage vielfältiger vorbereitender Kontakte, nunmehr einen neuen Förderungsschwerpunkt „Deutschland nach 1945 – Entstehung und Entwicklung der Bundesrepublik und der DDR" eingerichtet, um zu der Umorientierung, Verstärkung und zugleich Verdichtung der empirisch-quellenmäßig fundierten Erforschung der deutschen Entwicklung seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges beizutragen. Neben den generellen Problemen für die historische Forschung in der Bundesrepublik (vgl. G. A. Ritter auf der Eröffnung des Hamburger Historikertages 1978) wird mit diesem Förderungsangebot die Hoffnung verbunden, auch den zusätzlichen spezifischen Problemen der zeitgeschichtlichen Forschung zur Nachkriegsentwicklung gerecht zu werden, die in dem durch die große Materialfülle bedingten erhöhten Bearbeitungsaufwand, in der zunehmenden Notwendigkeit multidisziplinär besetzter Projektgruppen und in den erhöhten Qualifikationsanforderungen für Projektbearbeiter gesehen werden. Durch die Förderung von Forschungsarbeiten, die mit Problemen der Aktenfreigabe verbunden sind, soll auch der Informationszugang zeitgeschichtlicher Forschung verbessert werden.

Im einzelnen können von der Stiftung – unter Hervorhebung bestimmter Forschungsperspektiven – quellenmäßig fundierte Projekte zur Gründungs- und auch

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zur Verlaufsgeschichte der westlichen Besatzungszonen/Bundesrepublik, zur zeitgeschichtlichen Erforschung der frühen Entwicklung der SBZ/DDR und unter bestimmten Voraussetzungen Quelleneditionen sowie Vorhaben, die der Kooperation und Koordinierung dienen, gefördert werden.

Der *allgemeine Gegenstandsbereich* umfaßt solche Vorhaben, die die empirische, quellenmäßig gesicherte Erforschung der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklungen in Deutschland seit 1945, d. h. im Deutschland der unmittelbaren Nachkriegszeit sowie in der Bundesrepublik und in der DDR zum Gegenstand haben. Die unmittelbare Vorgeschichte – Weimarer Republik/Drittes Reich – kann in besonderen Fällen, in denen sie zur Erhellung einer relevanten Nachkriegsentwicklung wesentlich erscheint, berücksichtigt werden. Das Thema „Deutschland nach 1945" ist dabei nicht im Sinne einer verengten Nationalgeschichtsbetrachtung zu verstehen, sondern die deutsche Entwicklung sollte ständig einbezogen werden in die allgemeine, vor allem durch internationale Entwicklungen geprägte Nachkriegsgeschichte. Deshalb haben für die Stiftung solche Forschungsvorhaben Vorrang, die in ihrer Betrachtungsweise die Trennung innen- und außenpolitischer Entwicklungen überwinden wollen und dafür die wechselseitigen Verflechtungen zwischen inneren und äußeren Bezügen betonen.

Im *Themenbereich westliche Besatzungszonen/Bundesrepublik – Gründungsgeschichte* werden Forschungsarbeiten zur Umbruchs- und Gründungsphase der deutschen Nachkriegsgeschichte bis zur Mitte der 50er Jahre besondere Beachtung finden. Dabei können insbesondere berücksichtigt werden die Frühgeschichte des Parlamentarismus, der Parteien und die Entstehungsgeschichte grundlegender Gesetze, die Einwirkungen der Besatzungsmächte, die Begründung von Normen (zum Beispiel im geistig-kulturellen Selbstverständnis), und Neuansätze einschließlich „vergeblicher" Gründungen (abgebrochene Ansätze, z. B. im geistig-politischen Bereich).

Der *Themenbereich westliche Besatzungszonen/Bundesrepublik – Verlaufsgeschichte* erfaßt Vorhaben, die mittelfristige, etwa bis Mitte der 60er Jahre anhaltende bzw. vollzogene Entwicklungen zum Gegenstand haben. In diesen Bereich gehört insbesondere die Erforschung der allmählichen gleitenden Veränderungsprozesse (sogenannte „stille Revolutionen"), der Institutionengeschichte, der Rechts- und Verfassungsentwicklung in zeitgeschichtlichen Zusammenhängen, und der Entwicklung der Deutschlandpolitik in den westlichen Besatzungszonen/Bundesrepublik und in der SBZ/DDR (einschließlich ihres Stellenwertes bei Parteien, gesellschaftlichen Gruppen und in der weiteren Öffentlichkeit).

Im *Themenbereich SBZ/DDR* will sich die Stiftung zunächst auf die Förderung von Arbeiten zur zeitgeschichtlichen Erforschung der Frühphase bis in die zweite Hälfte der 50er Jahre unter Beachtung der besonderen Quellensituation konzentrieren. Der Zeitraum bis Mitte der 60er Jahre sollte nur dann einbezogen werden, wenn es sich um die Erforschung von Entwicklungen handelt, die schwerpunktmäßig in der Frühphase der SBZ/DDR angelegt sind. Für die Konzentration dieses Themenbereiches auf die zeitgeschichtliche Erforschung der Frühphase spricht die besondere Quellenlage. Als mögliche Teilgebiete bieten sich an fundierte Einzelstudien zum Parteiensystem und zu den Massenorganisationen, Arbeiten zu staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen, Arbeiten zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Arbeiten, die den Prozeß der Einbeziehung der SBZ/DDR in den Wirkungszusammenhang des Ostblocks zum Gegenstand haben, und Vorhaben zur Quellenerfassung (Bestandsübersichten). Keine Berücksichtigung können Arbeiten zum ideologisch-politischen Systemvergleich zwischen der DDR und der Bundesrepublik finden. Dagegen verfolgt die Förderung in dem Themenbereich SBZ/DDR zugleich die Absicht,

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zur Stärkung der zeitgeschichtlichen SBZ/DDR-Forschung im Hochschulbereich beizutragen.

Quelleneditionen können in eingeschränktem Umfang nur gefördert werden, wenn die Relation zwischen Aufwand und den späteren Verwendungsmöglichkeiten angemessen ist, und wenn es sich um zentrale Vorhaben von besonderer, auch forschungspolitischer Bedeutung handelt, oder wenn besondere methodische Probleme in Modellvorhaben gelöst werden sollen (z. B. neue Formen der Editionstechnik und der wissenschaftlichen Kommentierung, neuartige Quellengattungen, ungewöhnliche Provenienzen). Größere Vorhaben müssen institutionell fest verankert sein, da die Stiftung nur dann eine Startförderung übernehmen kann, wenn die Fortsetzung der Arbeiten gesichert ist.

Für den Schwerpunkt „Deutschland nach 1945 – Entstehung und Entwicklung der Bundesrepublik und der DDR" gelten weiterhin einige *allgemeine Gesichtspunkte* der generellen Förderungskonzeption der Stiftung Volkswagenwerk im geistes- und sozialwissenschaftlichen Bereich in besonderer Weise. Zu nennen sind hier vor allem die multidisziplinäre Anlage des Förderungsschwerpunktes, die Betonung der internationalen Kooperation und das Bemühen um die Förderung von Koordinierungs- und Kommunikationsaufgaben.

Der Schwerpunkt steht *fachübergreifenden Forschungen* offen. Anträge können also nicht nur aus der zeitgeschichtlich orientierten Geschichtswissenschaft vorgelegt werden, sondern auch aus den benachbarten Sozial- und Geisteswissenschaften, wenn von dort zeitgeschichtlich-entwicklungsbezogene und quellenmäßig fundierte Vorhaben beabsichtigt werden. In diesem Zusammenhang würde die Einbeziehung völker-, staatsrechtlicher und sonstiger rechtspolitischer Fragestellungen in zeitgeschichtliche Bezüge von besonderem Interesse sein. Ebenso würde die Beteiligung ausländischer Wissenschaftler bzw. wissenschaftlicher Institutionen in *internationalen Kooperationsvorhaben* begrüßt werden, da die zunehmende internationale Verflechtung der deutschen Entwicklung auch entsprechende Betrachtungsweisen verlangt. Dies gilt für die USA, Großbritannien und Frankreich ebenso wie für die kleineren europäischen Staaten, unter denen Österreich wegen der Verknüpfung in der Ausgangssituation des Jahres 1945 besonders zu erwähnen ist.

Im Rahmen des Schwerpunktes wird ferner auf die Unterstützung von *Koordinationsbestrebungen* – etwa in Form von Arbeitsgemeinschaften und Arbeitstagungen – für Teilbereiche Wert gelegt. Als solche koordinierungsbedürftige Bereiche sind zur Zeit erkennbar die Zeitgeschichte der SBZ/DDR, die Parteiengeschichte, die Institutionengeschichte, die Kooperation zwischen Rechtswissenschaft und Zeitgeschichtsforschung, die wirtschaftsgeschichtliche Forschung, Arbeiten zur amerikanischen Deutschlandpolitik und methodologische Probleme. Andere Bereiche sind denkbar.

Obwohl in diesem Forschungsbereich bereits eine Reihe qualifizierter Arbeiten vorliegen, wird durch die Einrichtung des Schwerpunktes dennoch ein qualitativer Schritt der zeitgeschichtlichen Forschung zur Nachkriegsentwicklung ermöglicht. Dieser Schritt ist insbesondere durch die effektivere Ausnutzung neuer Quellenbestände zu vollziehen. Das Förderungsangebot der Stiftung möchte dazu beitragen, den Zugriff auf den Themenbereich „Nachkriegsgeschichte" zu intensivieren, zu systematisieren und – wo notwendig – zu koordinieren.

III.

Bis zum Jahresende 1978 wurden in dem neuen Förderungsschwerpunkt bereits neun Bewilligungen mit einem finanziellen Volumen von insgesamt rd. 3,2 Mio DM ausgesprochen. Bereits seit 1975 unterstützt die Stiftung am Institut für Zeitgeschichte ein Projekt zur systematischen Auswertung der Akten der amerikani-

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schen Militärregierung in Deutschland (OMGUS). Die Themen der wichtigeren in dem neuen Schwerpunkt geförderten Vorhaben der Stiftung Volkswagenwerk sind geeignet, die Konzeption des Förderungsschwerpunktes inhaltlich zu veranschaulichen:

Politik und Gesellschaft in der US-Zone (Institut für Zeitgeschichte, München, Professor Dr. M. Broszat).

Projektverband Grundlegung und Festigung der parlamentarischen Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland (Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bonn, Professor R. Morsey).

Startfinanzierung der Edition der Kabinettsprotokolle der Bundesregierung 1949 bis 1952 (Bundesarchiv Koblenz, Professor H. Booms).

Entwicklungsgeschichte der Bundeswehr 1955 bis 1975 (Arbeitsbereich Sozialwissenschaften der Hochschule der Bundeswehr München, Professor K. von Schubert).

Berlin – Symbol of Confrontation, Touchstone of Detente (The American Council on Germany, New York, D. Klein).

Amerikanische Europapolitik und deutsche Arbeiterbewegung: Gesellschaftspolitik im Zeichen des Ost-West-Konfliktes 1945 bis 1949 (Universität Trier, Professor W. Schieder).

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

DIE DEUTSCH-FRANZÖSISCHEN BEZIEHUNGEN 1936–1939

In Fortsetzung der 1977 stattgehabten Gespräche über die deutsch-französischen Beziehungen zwischen 1932 und März 1936 (vgl. diese Zeitschrift 25 [1977], S. 262 f.) fand vom 26. bis 29. September 1978 ein deutsch-französisches Colloquium über die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland von März 1936 bis September 1939 statt, das diesmal vom Deutschen Historischen Institut Paris in Zusammenarbeit mit dem Comité français d'histoire de la deuxième guerre mondiale und dem Militärgeschichtlichen Forschungsamt Freiburg im Gebäude des Bundesministeriums für Forschung und Technologie in Bonn veranstaltet wurde. Die Leitung des Colloquiums lag in den Händen des Direktors des DHI/Paris, Prof. Dr. Karl Ferdinand Werner, der bei der Programmgestaltung von Prof. Dr. Klaus Hildebrand (Münster) unterstützt wurde.

Folgende Themenbereiche und Einzelreferate standen zur Diskussion:

I. Das Bild vom anderen: Nach Eröffnungsworten des Bundesministers für Forschung und Technologie, Dr. Volker Hauff, und Prof. Werners sprachen René Remond (Paris X/Nanterre) über das Deutschlandbild der französischen öffentlichen Meinung von 1936 bis 1939; Klaus-Jürgen Müller (Hamburg) über die deutsche öffentliche Meinung und Frankreich; Rita Thalmann (Tours) über die deutsche Emigration und die französische öffentliche Meinung von 1936–1939; Hans Hörling (Institut d'Allemand, Asnières) legte ein Korreferat über das Deutschlandbild der Pariser Tagespresse vom Münchner Abkommen bis zum Ausbruch des II. Weltkrieges vor.

II. Rüstung und militärische Vorbereitung: Hierzu wurden Referate vorgetragen von Henri Dutailly (Service historique de l'Armée de Terre) über Rüstungsprogramme und Strukturverbesserungen des französischen Heeres 1935–1939; Wilhelm Deist (MGFA Freiburg) über deutsche Heeresrüstung und Aggression 1936–1939; Philippe Masson (Service historique de la Marine) über die französische Marine und die alliierte Strategie 1938–1939; Gerhard Schreiber (MGFA Freiburg) über die Rolle Frankreichs im strategischen und operativen Denken der deutschen Marine; Charles Christienne (Service histor. de l'Armée de l'Air) über die französische Luftwaffe vom März 1936 bis September 1939; Patrick Buffotot (Service histor. de l'Armée de l'Air) über die Wiederaufrüstung der deutschen Luftwaffe und das Herannahen des Krieges aus der Sicht des Deuxième Bureau der französischen Luftstreitkräfte 1936–1939; Klaus Maier (MGFA Freiburg) über den Aufbau der Luftwaffe und ihre strategisch-operative Konzeption, insbesondere gegenüber Frankreich; Madeline Astorkia (Service histor. de l'Armée de l'Air) über die Luftstreitkräfte im Spanischen Bürgerkrieg.

III. Wirtschaftliche und soziale Probleme waren Gegenstand der Beiträge von Raymond Poidevin (Metz) zur Frage, ob es 1938–1939 Ansätze zu einer Wiederbelebung der französisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen gab; von Jean-Louis Cremieux Brilhac (Documentation française Paris) über die französische Wirtschaft zwischen Krise und Krieg: Die industrielle Mobilmachung in der Bewährung; Hans-Jürgen Schröder (Mainz) über die deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen 1936–1939; Jost Dülffer (Köln) über Aufrüstung, Kriegswirtschaft und soziale Frage im „Dritten Reich" 1936 bis 1939.

IV. Ereignisse von großer Tragweite behandelten die Referate von Charles Bloch (Tel-Aviv) über die deutsch-französischen Beziehungen und die Politik der

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Mächte während des Spanischen Bürgerkrieges; Hans-Henning Abendroth (Scraptoft/Leicester) über Deutschland, Frankreich und den Spanischen Bürgerkrieg 1936–1939; Gottfried Niedhart (Mannheim) über die deutsche Außenpolitik im Entscheidungsjahr 1937; Wolfgang Michalka (Frankfurt) über die Außenpolitik des „Dritten Reiches" vom österreichischen „Anschluß" bis zur Münchener Konferenz 1938. Von Jacques Bariéty (Straßburg), der selbst nicht teilnehmen konnte, lag ein Referat zum Thema Frankreich und die Anschlußfrage März 1936 bis März 1938 vor. René Girault (Paris X/Nanterre) sprach über die französische Außenpolitik nach München (September 1938–April 1939) und Franz Knipping (Tübingen) über die deutsch-französische Erklärung vom 6. Dezember 1938.

V. Die Situation im September 1939 stand im Mittelpunkt der beiden abschließenden Referate von Jean-Louis Cremieux Brilhac über Frankreich angesichts der deutschen Politik und des bevorstehenden Krieges Anfang September 1939 und von Andreas Hillgruber (Köln) über Frankreich als Faktor der deutschen Außenpolitik im Jahre 1939.

An den Diskussionen nahmen u. a. von französischer Seite General Fernand Gambiez (Vincennes), Jacques Droz (Paris I), Claude Lévy (Paris), Gilbert Badia (Paris VIII/Vincennes), Pierre Angel (Tours) und André Meyer (Aix-en-Provence) teil, von deutscher Seite Klaus Hildebrand, Manfred Merkes (Bonn), Roland Höhne (Berlin), Hannsjörg Kowark (Tübingen), Manfred Messerschmidt, Hans-Erich Volkmann, Hans Umbreit und Jürgen Förster (alle MGFA Freiburg).

Inhalt und Ergebnisse der Diskussionen können hier wiederum nur kurz angedeutet werden. Sie werden zusammen mit den Referatstexten vom Deutschen Historischen Institut Paris veröffentlicht werden. Das Centre Nationale de la Recherche Scientifique (CNRS), Paris, bereitet eine Publikation der Referate des Colloquiums über die deutsch-französischen Beziehungen 1932–1936 vor, einige von ihnen sind auch schon in Band 5 (1977) der „Francia" (hrsg. vom DHI/Paris) erschienen.

Während sich das Deutschland-Bild der französischen Öffentlichkeit in den Jahren 1936 bis 1939 zumeist im Rahmen der traditionellen Stereotypen bewegte, nur Wenige das Spezifische des Nationalsozialismus erkannten und auch die deutschen Emigranten, die sich in politischen Richtungsstreitigkeiten zersplitterten und zunehmenden Restriktionen ausgesetzt waren, nur in geringem Maße zur Aufklärung über die Vorgänge in Deutschland beitragen konnten, wurde das Frankreich-Bild in Deutschland in diesen Jahren sehr stark von der französischen „Volksfront" geprägt, mit der man die kommunistische Gefahr im Westen heraufziehen sah; im übrigen gab es erhebliche Unterschiede in der Beurteilung Frankreichs auch innerhalb der NS-Presse, etwa zwischen Publikationen der SS und der Hitlerjugend. In der deutschen Wehrmacht hatte man trotz Vorherrschen der Ideologie vom „Erbfeind" eine hohe Meinung von der französischen Armee, die man für schlagkräftig und zu Lande und zu Wasser überlegen einschätzte. In den Referaten der französischen Militärhistoriker wurden die Rüstungsanstrengungen Frankreichs vor 1939 und die Kampfkraft seiner Armee aber sehr kritisch betrachtet. Eine strategische Konzeption habe so gut wie ganz gefehlt und die rein defensive Orientierung sich ungünstig auf Modernisierungsbestrebungen (Panzereinheiten etc.) ausgewirkt. Bei der Aufrüstung der deutschen Wehrmacht und Luftwaffe erhob man diese dagegen zum Prinzip, und trotz mangelnder Koordination in der Rüstung und Konkurrenz unter den Teilstreitkräften (beides wurde für beide Staaten konstatiert) verfügte Deutschland im September 1939 über die stärkste Armee auf dem Kontinent. W. Deist wies jedoch darauf

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hin, daß bis Herbst 1939 keine Planungen des deutschen Generalstabs für eine offensive Kriegführung gegen Frankreich existierten. Die strategisch-operative Planung wurde vielmehr immer stärker nach Osten ausgerichtet. Während die deutsche Luftwaffe im Spanienkrieg Kampferfahrungen sammeln konnte, wurden die dort von französischen Beobachtern gemeldeten Erkenntnisse in Paris offensichtlich kaum berücksichtigt. Tenor der Referate beider Seiten war es, vor allem die Mängel der Rüstungswirtschaft hervorzuheben, wobei jedoch der Gegensatz zwischen den individualistischen und pazifistischen Tendenzen der parlamentarischen Demokratie einerseits und den Rivalitäten der Amtsstellen eines diktatorischen Regierungssystems andererseits sehr deutlich wurde.

Die Diskussion über die Wirtschaftsbeziehungen beider Staaten im Berichtszeitraum stellte besonders heraus, daß diese von deutscher Seite ausschließlich unter rüstungspolitischen Aspekten gesehen wurden. Politische Interessen bestimmten die Außenwirtschaft, nicht wirtschaftliche Interessen die Politik! Dies galt in besonderem Maße für die deutschen Bestrebungen, in Südosteuropa Einfluß zu gewinnen und dort französische Interessen zurückzudrängen. Aber auch die deutsche Handelspolitik Frankreich gegenüber zielte in erster Linie auf die Einfuhr von Rohstoffen, die für die Rüstung wichtig waren. Trotz erheblichen Devisenmangels war das Volumen des deutschen Exports eher Nebensache. Der deutsch-französische Handelsaustausch ging insgesamt gesehen zurück, obwohl der Handelsvertrag von 1937 im Juli 1939 verlängert wurde.

In der Diskussion über den Spanischen Bürgerkrieg wurde zwar festgestellt, daß darüber heute weniger ideologische Differenzen als Quellenprobleme bestünden, doch lösten die beiden recht kontroversen Referate eine lebhafte Debatte über die Haltung der französischen Regierung aus. Ungeachtet ihrer Sympathien für die republikanische Seite durfte sich die Regierung Léon Blum offiziell nicht festlegen, wenn sie die Gefahr eines Bürgerkrieges im eigenen Lande vermeiden wollte. Bloch hob den enscheidenden Einfluß Großbritanniens auf die französische Haltung hervor, von dem man währungspolitisch abhängig geworden war. Diese äußere Abhängigkeit und die innere Instabilität bestimmten die ganze französische Außenpolitik zwischen März 1936 und März 1939. Die Passivität Frankreichs gegenüber dem „Anschluß" Österreichs und die Verständigungsbemühungen des Außenministers Georges Bonnet, die mit dem Besuch Ribbentrops in Paris am 6. Dezember 1938 ihren Höhepunkt erreichten, wurden von den französischen Historikern (Bariéty, Girault) sehr kritisch behandelt. Auf deutscher Seite (Knipping) betrachtete man die deutsch-französische Erklärung vom 6. 12. 1938 eher als ein taktisches Manöver, und in der Diskussion kam man zu dem Schluß, daß damit Frankreich keineswegs Hitler „freie Hand im Osten" geben wollte, auch wenn die Tendenz zur Reduzierung des eigenen Engagements vorhanden war. Hitlers Coup gegen die Tschechoslowakei verhärtete die französische Haltung, die nun von Daladier selbst bestimmt wurde. Mit Beklommenheit stand man zur Garantieerklärung für Polen und bemühte sich, dessen Zustimmung zu einem Militärabkommen mit der Sowjetunion (von dem General Gamelin aber wenig hielt) zu bekommen. Der Pakt Stalins mit Hitler wirkte wie ein Schock in Frankreich und machte allen deutlich, daß der Krieg unvermeidlich geworden war. Er führte zu einer Annäherung der Parteien, und Daladier wurde zum Katalysator einer regelrechten „nationalen Sammlungsbewegung" (Cremieux Brilhac) zur Verteidigung des Vaterlandes.

Die nationalsozialistische Außenpolitik ist heute gut erforscht und kaum noch kontrovers. Die Referate von französischer Seite zeigten, daß inzwischen auch die Forschung über die Politik der III.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

matik, die Gegensätze und Imponderabilien der innenpolitischen und wirtschaft-Republik voll im Gange ist. Ihre Problelichen Situation Frankreichs, die außenpolitische Engpässe schufen, personelle Rivalitäten verstärkten und heute als falsch erkannte Einschätzungen der politischen Möglichkeiten förderten, wurden bei diesem Colloquium sehr deutlich. Beispielhaft zeigte es zudem für beide Seiten die Geschichtsmächtigkeit von Illusionen (Hildebrand).

Wie das Pariser Treffen im Vorjahr, so stand auch dieses vom DIII/Paris hervorragend organisierte Colloquium durch Empfänge beim Bundespräsidenten und dem Bundesminister für Forschung und Technologie in einem besonderen gesellschaftlichen Rahmen. *H. Auerbach*

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

NACHWORT ZU EINER KONTROVERSE

Scholders Erwiderung (VfZ 26 [1978], S. 535–570) auf meinen Aufsatz zum Reichskonkordat (ebenda, S. 499–534) hat mich an vielen Stellen nicht überzeugt. Wenn ich richtig zähle, sind es 70 Punkte, von denen ich 10 skizziere:

1. Offenbar trennen uns methodische Unterschiede. Die Hypothese, das nur Vermutbare, hat für ihn ein anderes Gewicht als für mich. Sch. behandelt, auch außerhalb des heuristischen Bereiches, mehr die Möglichkeit eines Ereignisgefüges oder Zusammenhanges, ich dagegen mehr die nachprüfbare Tatsächlichkeit.

2. Sch.s Begriff von „Widerstand" und „Integration" (im Zusammenhang der Frage nach den Folgen des Reichskonkordats für das Verhalten der Katholiken zum Nationalsozialismus) teile ich nicht, was natürlich auch die darauf bezogenen Folgerungen berührt. Er meint, daß Hitler mit dem Reichskonkordat die „Integration des katholischen Volksteils ins Dritte Reich völlig erreicht" habe, und verweist auf die Wahlkreis-Ergebnisse vom 5. März und 12. November 1933. Ich halte es für methodisch unzulässig, aus derartigen (und überdies hochaggregierten) Zahlen zutreffende Rückschlüsse über die Integration / Nicht-Integration der deutschen Katholiken gewinnen zu können, wobei ich unter „Integration" die Einpassung in und die Anpassung an das totalitäre Hitler-Regime verstehe. Zur Sache aber: wenn dies wirklich durch den Vertragsabschluß schon „völlig" erreicht war, ist schwer einzusehen, warum das Konkordat überhaupt von Hitler umgedeutet, umgangen, ausgehöhlt und verletzt werden mußte, was doch vom ersten Tage an tatsächlich geschehen ist. Nein: „Das Reichskonkordat war die vertragsrechtliche Form der Nicht-Anpassung der katholischen Kirche an das Dritte Reich." Diese Feststellung paßt durchaus zu der von NS-Quellen hundertfach bezeugten Tatsache, daß man die 20 Millionen Katholiken für in das Dritte Reich viel weniger „integriert" hielt als irgendeine andere soziale Großgruppe, die sich als solche bewahrt hatte – ausgenommen die Juden.

3. Ein „Konkordat ohne Vorgeschichte" habe ich nie postuliert. Strittig war nie, *daß* die Reichskonkordatsverhandlungen von 1933 eine Vorgeschichte haben, sondern *welche* dies sei. Eine *Teil*frage (der gesamten Vorgeschichte) bezog sich auf die Motive der Zentrumsfraktion am 23. März 1933. Die Junktim-Hypothese behauptete, darauf eine Antwort geben zu können: Reichskonkordat. Von dieser Junktim-Hypothese (und nur von dieser) habe ich 1969 gemeint, daß sie nach der Edition der Zentrums-Protokolle (aus denen sich ergibt, daß von den Länderkonkordaten und nicht von einem Reichskonkordat gesprochen worden ist) als „erledigt" gelten solle, und daran die Vermutung geknüpft, daß „in dieser Hinsicht [damit war gemeint: nur in dieser Hinsicht] wohl der Abschluß der Diskussion" erreicht sei. Darin erblicke ich weder einen merkwürdigen „Akten-Positivismus" noch eine „apodiktische Einseitigkeit".

4. Sch.s Ansicht vom „Inhalt und Ziel der Konkordatspolitik des Hl. Stuhles" seit 1917 halte ich für schief. Seiner Auffassung konterkariert zudem die ebenfalls von ihm vertretene Meinung, daß der Vatikan ein Reichskonkordat wohl mit einem katholischen, nicht aber mit einem protestantischen Diktator habe abschließen wollen. Wenn das Codex-Recht für die Kurie die höchste handlungsbestimmende Priorität gehabt hätte, wie Sch. meint („Diesem Oberziel wurden alle anderen Ziele und Rücksichten rigoros untergeordnet"), ist nicht einzusehen, warum die Frage nach der Konfession des Partners eine entscheidende Rolle gespielt haben soll, zumal Pius XI. nachweislich mit Stalin bis zum Jahre 1928 verhandelt *hat*. Er tat dies nicht primär wegen des Codex Juris Canonici, sondern weil er einen für die *Seelsorge* nützlichen Vertrag „auch

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mit dem Teufel in Person" abzuschließen bereit war, wie er öffentlich am 14. Mai 1929 erklärt hat.

5. In Bezug auf das Verhältnis Pacellis zum Zentrum ist für die Zeit bis zum 30. Januar 1933 zwischen Sch. und mir offenbar ein Konsens erreicht. Für die Zeit nach dem 30. Januar kann ich mich seiner Interpretation nicht anschließen. Ich betone aber erneut, worauf de Vecchis Bericht vom 24. Juli 1933 wiederum hinweist, daß es vor allem auf den Papst (und nicht auf den Kardinalstaatssekretär Pacelli) ankam.

6. Den Quellenwert der Brüning-Memoiren in Bezug auf die Motive Kaas' bei der Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz halte ich weiter für problematisch. Auf Grund der Ausführungen von Josef Becker (HZ 224 [1977], S. 215) ist meine in der FAZ am 24. Oktober 1977 geäußerte Ansicht über die Entstehungszeit dieses Memoiren-Teils zu korrigieren. Ich gehe daher mit Sch. davon aus, daß dieser Teil 1935 diktiert worden ist. Es bleibt aber, daß Erinnerungsfehler nachzuweisen und perspektivische Verzerrungen festzustellen sind.

7. Die italienischen Quellen, die Sch. in die Diskussion einführt, sind sehr interessant. Sie bieten jedoch für die Frage, ob die Initiative zum Reichskonkordat tatsächlich von Hitler ausgegangen ist, keine Beweise. Es steht dieser Annahme weiterhin die kontinuierliche Behauptung Papens entgegen, die keineswegs unwahrscheinlich klingt und übrigens auch zu seinem Brief an Raitz von Frentz vom 2. April 1933 paßt: „Sie können versichert sein, daß ich es seit dem 30. Januar [Sperrung von mir] als eine meiner wichtigsten Aufgaben angesehen habe, eine Begleichung der Differenzen zwischen der NSDAP und der Heiligen Kirche herbeizuführen" (BA R 53/72). Meine Ansicht, daß wegen der vorhandenen Bereitschaft Hitlers Papens konkreter Vorschlag von dem Reichskanzler aufgegriffen wurde, vermeidet Sch.s Kollision mit den Quellen in diesem Punkt.

8. Auf welche Weise Papen vor dem 27. März „Schritte" zu einer „Fühlungnahme mit dem Vatikan" unternommen hat (so an Raitz von Frentz, 2. April 1933), ist bisher nicht zu ermitteln gewesen. Auch die Praschma-Briefe führen in diesem Punkt nicht weiter. Nach meiner Auffassung scheidet Kaas für diese Fühlungnahme aus (vgl. Punkt 10). Aber war es für Papen, der seit 10 Jahren Päpstlicher Geheimkämmerer di Spada e Cappa war und daher im Umkreis von St. Peter Dutzende von Bekannte gehabt haben dürfte, so schwierig, eine für diese Vermittlungen geeignete Persönlichkeit zu finden? Es gab – auch unabhängig von Kaas – viele, durchaus diskrete Kontaktmöglichkeiten, z. B. über den Prinzen Philipp von Hessen, der am 10. April 1933 in Görings Gefolge nach Rom gekommen ist (J. Petersen, Hitler-Mussolini, Tübingen 1973, S. 167 Anm. 131) und mit der italienischen Prinzessin Mafalda verheiratet war.

9. Die Lateranverträge gehören zur historischen Interpretation des Reichskonkordats hinzu, dies steht für mich außer Frage. Damit ist jedoch noch nicht entschieden, *welche Funktion(en)* ihnen dafür zuzumessen ist (sind). In Deutschland (oder bei italienischen Politikern) nachzuweisende Vorstellungen über die päpstlichen Absichten bei und mit den Verträgen von 1929 sind selbstverständlich noch kein Beweis für die tatsächlichen Absichten, die der Vatikan damals verfolgt hatte und über die er 1933 Bescheid gewußt hat. Im übrigen hat Hitler 1933 das italienische Vorbild nicht einfach kopiert. Der italienische Klerus ist 1924 aus der Politik zurückgerufen worden. Erst 1926 begannen die Lateranvertrags-Verhandlungen. Die Entpolitisierungsklausel findet sich bezeichnenderweise nicht in einem der staatlichen Entwürfe, sondern in dem päpstlichen Projekt vom 5. Dezember 1926 und diente zur Unterstützung der Bestandsgarantie für die Katholische Aktion. Hitler hingegen wollte den Rückzug des Klerus aus der deutschen Innenpolitik durch einen

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Konkordatsabschluß erreichen. Das war etwas wesentlich Anderes.

10. Der markanteste Punkt meines Dissenses mit Sch. betrifft die Interpretation der von Ludwig Kaas zwischen dem 30. Januar (resp. 6. März) und 8. April 1933 verfolgten Politik. Sch. stützt sich weiterhin lediglich auf einige Indizien. Aus der Möglichkeit schließt er auf die Tatsächlichkeit. Nachdem er aber den Kaas'schen Konkordatstyp-Aufsatz nicht (mehr) als handlungsleitendes Programm gewertet wissen will und meine Interpretation der Kapler-Briefe offenbar akzeptiert, läuft alles auf zwei Punkte hinaus. *Frage Eins:* Ist die Kaas-Politik dieses Zeitraums, soweit sie quellenmäßig positiv nachweisbar ist, in sich verständlich, ohne (zusätzlich) annehmen zu müssen, daß Kaas vor dem 23. März resp. 8. April von der Tatsächlichkeit des deutschen Konkordatsprojekts informiert war? Die Antwort auf diese Frage heißt Ja, wie Rudolf Morsey in seinem „Untergang des politischen Katholizismus" 1977 gezeigt hat. *Frage Zwei:* Gibt es Quellenaussagen, die mit der (insofern nicht notwendigen) zusätzlichen Annahme, daß Kaas vor dem 23. März resp. 8. April von der Tatsächlichkeit des deutschen Konkordatsprojekts informiert war, kollidieren? Meine Antwort heißt wiederum Ja – wegen des Kaas-Briefes vom 19. November 1935, und zwar wegen des Satzes: „Im Laufe einer von ihm [Papen] angeregten Besprechung [am 8. April 1933] ... stellte ich fest, daß die mehrfach auch in der Öffentlichkeit erörterte Absicht eines etwaigen Konkordatsabschlusses Tatsache war". Sch.s Interpretation des entscheidenden Begriffspaares „Absicht-Tatsache" ist für mich nicht akzeptabel. Nach Sch. wäre Kaas am 8. April 1933 längst über die Tatsächlichkeit der Berliner Verhandlungs*absicht* informiert gewesen; Papen habe ihn am 8. April lediglich über die Tatsächlichkeit des Verhandlungs*beginns* informiert. Eben dies entspricht dem Quellenwortlaut nicht. Dem Brief zufolge hat Kaas am 8. April erfahren, daß die Berliner Verhandlungs-„Absicht", von der er bisher nichts Definitives wußte, „Tatsache" war, d. h. tatsächlich bestand. Sch.s Irrtum besteht darin, daß er die Tatsächlichkeit der Absicht mit der Tatsächlichkeit des Beginns der Verhandlungen verwechselt. Wenn aber Kaas erst am 8. April über die Tatsache der Verhandlungsabsicht Berlins informiert wurde, kann er vorher weder mit Hitler eine Absprache getroffen noch für Papen in Rom Kontakt aufgenommen haben.

Ich nehme also keineswegs die „Nichtbeweisbarkeit eines möglichen historischen Zusammenhangs" als „sicheren und eindeutigen Beweis für die Nichtexistenz dieses Zusammenhangs", sondern ich verzichte auf eine Hypothese über einen möglichen geschichtlichen Zusammenhang, wenn sie sich mit einer derart expliziten Quellenaussage wie hier schlechterdings nicht verträgt.

Konrad Repgen

Das „Nachwort" von Konrad Repgen geht nach meinem Eindruck auf die entscheidenden Kontroverspunkte gerade nicht ein. Ich kann auch nichts wesentlich Neues darin finden. Deshalb scheint es mir im Moment wenig sinnvoll, seine Argumente im einzelnen noch einmal aufzunehmen. Bei einigen Punkten (6, 8 und 9) vermerke ich dankbar, daß meine Sicht der Dinge offenbar doch nicht ohne Einfluß geblieben ist. Im übrigen habe ich meinem Beitrag zunächst nichts Weiteres hinzuzufügen.

Klaus Scholder

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ANDREAS BISS ANTWORTET YEHUDA BAUER

Im Heft 2 des Jahres 1977 veröffentlichten Sie einen Aufsatz von Yehuda Bauer unter dem Titel „‚Onkel Saly'. Die Verhandlungen des Saly Mayer zur Rettung der Juden 1944/45", den ich nicht ohne Erwiderung lassen kann.

Herr Bauer hat seine Sache gut und gründlich machen wollen und daher in seiner Arbeit Dinge beschrieben, die gar nicht dazugehören und nur dazu geeignet sind, unsere an sich sehr komplizierten Verhandlungen in Budapest im Jahre 1944, zu denen wir auch Saly Mayers Hilfe benutzten, dem Leser unverständlich zu machen. Außerdem wird der Eindruck erweckt, als ob die ganze Rettungsaktion von Saly Mayer in der Schweiz ausgedacht und durchgeführt worden sei.

In der Folge wird, da man nun doch nicht Saly Mayer alles zuschreiben konnte, die Sache stark relativiert und bagatellisiert. Der Hauptgrund dafür ist wohl, daß die Unterhändler in Budapest, nämlich Dr. Kastner und ich, ihr Ziel, nämlich den institutionellen Stop der Ermordung von Millionen Juden und auch Christen nur erreichen konnten, wenn sie geradewegs bei den Feinden, also vor allem der SS, Hilfe suchten und in deren Reihen Zwietracht zu säen sich bemühten.

Wir fanden dort auch, gegen jede logische Erwartung, eine solche Hilfe, wohl weil es, wie wir erfahren sollten, überall Menschen mit Herz gibt.

Da diese Unterstützung uneigennützig und vielfach für unser Werk ausschlaggebend war, haben Dr. Kastner und ich selbst immer wieder die Rolle des früheren Standartenführers Kurt Becher lobend erwähnt, was uns aber bis heute von verbitterten Menschen große Unannehmlichkeiten eingebracht hat und für Kastner in Israel den Tod, durch ein Attentat fanatisierter junger Leute, bedeutete. Dabei war er ein Freund und zeitweise sogar der Pressechef Ben Gurions.

Es ist menschlich verständlich, daß die Juden und vor allem die Überlebenden der KZs in den SS-Leuten, die sie als ihre Feinde und Mörder kennenlernten, die wahren Schuldigen an ihrem Schicksal sehen mußten. Daher die verallgemeinernde Ansicht dieser Opfer und auch weiter Teile der deutschen Öffentlichkeit, daß die SS ohne Ausnahme an allem Schuld sei. Jedoch waren die Angehörigen der SS nur die Prätorianer Hitlers, Görings, Himmlers, Speers und der übrigen Führergarde des NS-Regimes, die wiederum ein Produkt des Rassedünkels der Majorität ihres eigenen Volkes und nicht nur der NS-Partei darstellten. Diese Tatsache verschwindet immer mehr aus dem Bewußtsein beider Völker. Heute werden zum Beispiel in der Bundesrepublik die Bücher früherer Minister Hitlers als Bestseller zu Hunderttausenden verkauft und selbst Juden sprechen von „Vergangenheitsbewältigung" derer, die den Mord von Millionen menschlicher Wesen auf dem Gewissen haben und nun schöne Worte der Entschuldigung finden.

Bauer beginnt seinen Aufsatz mit dem Treffen zwischen Saly Mayer, Becher und Dr. Kastner an der Brücke von St. Margarethen. Als sei das die natürlichste Sache der Welt. Nein, so einfach gingen die Dinge nicht. Mit der Erlaubnis Himmlers zu diesem Treffen war das schwierigste Problem der ganzen Aktion gelöst.

Bauer stellt dann eine künstliche Verbindung zwischen Verhandlungen, die 1938 stattgefunden haben, und unseren her, indem er sagt, daß aus den Vorkriegsgesprächen die Besprechungen des Jahres 1944 hervorgegangen seien.

Das stimmt nicht. Die Schacht-Rublee-Verhandlungen waren von ganz anderen als uns geführt worden und zwar zu einer Zeit, da Gasöfen nicht einmal in den Hirnen der späteren Initiatoren und Vollstrecker der sog. „Endlösung" existierten. Wir aber befanden uns im Jahre 1944 und mitten im Kriege; über zehntausend Juden (Frauen, Kinder, Greise) wurden pro Tag ermordet. Es schien für uns kei-

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ne Rettung mehr zu geben, und in einigen Monaten mußte auch der Rest von uns in Asche und Rauch aufgehen. Kontakt mit unseren Mördern aufzunehmen, schien fast unmöglich.

In der benachbarten Slowakei war es zwar zu einer Unterbrechung der Deportationen gekommen, aber nur vorübergehend und nur aus Gründen der Politik. Der slowakische Ministerpräsident Tiso, ein katholischer Priester, wollte vereinbarungsgemäß die angeblich zur Arbeit deportierten Juden besuchen. Diese aber gab es nicht mehr. Da das Dritte Reich die Freundschaft der Slowaken suchte, als Gegengewicht zu den Tschechen, wurden einstweilen die Juden-Deportationen aus der Slowakei eingestellt. Dies benützte der SS-Offizier Wisliceny zu einem Erpressungsversuch, indem er behauptete, daß er die Verschonung der restlichen slowakischen Juden für Geld bewerkstellige. Diese Argumentation hatte einen gewissen Erfolg, denn die Juden glaubten eine zeitlang wirklich, nur für das Geld gerettet worden zu sein.

Dann aber wurde Ungarn besetzt und die Juden-Deportation von dort umso emsiger fortgesetzt, wobei die Deportierten zum Großteil sofort vergast werden sollten. Das jüdische Rettungskomitee (die Waadah von Budapest) hatte bis dahin gewisse Verbindungen zur Abwehr unter Canaris gehabt. Doch diese wurde nun aufgelöst. Ein Zweig der SS, nämlich der SD, übernahm einige ihrer Agenten und Agenden. Als Verbindungsmann der Waadah zur Abwehr hatte Joel Brand figuriert. Nun wurde Brand zu Eichmann zitiert und nach Konstantinopel gesandt, mit dem bekannten Auftrag „10 000 LKW gegen das Leben von über 1 Million noch im nationalsozialistischen Machtbereich befindlicher Juden".

Brand aber kehrte, trotz seines ehrenwörtlichen Versprechens, in 14 Tagen nach Budapest zurückzukommen, nicht mehr zurück. Er reiste nach dem englisch besetzten Syrien weiter, wohl wissend, daß er interniert werden würde, denn die Engländer verdächtigten ihn einerseits, ein Spion zu sein, und waren andererseits keine Anhänger einer Austauschaktion. Sie befürchteten Unannehmlichkeiten mit der arabischen Bevölkerung.

In Ungarn gingen die Deportationen, mit einer bis dahin beispiellosen Vehemenz, weiter. Das menschliche Gehirn kann es sich gar nicht vorstellen, was es bedeutet, wenn täglich über 10 000 Menschen (Frauen, Kinder, Greise) unter schlimmsten Bedingungen in den Tod deportiert werden.

Brand hatte geglaubt, es sei Eichmann gewesen, der ihn nach Konstantinopel entsandt hatte. Nun machten wir, Dr. Kastner und ich, uns an Eichmann und den SD heran. Wir gaben allerlei Versprechungen, die man ruhig astronomisch nennen kann, wenn nur die Vergasungen eingestellt würden. Dann bekamen wir heraus, daß Eichmann lediglich als Vollstrecker der Befehle Himmlers gehandelt hatte, dies jedoch, wie alles, was Juden betraf, geheimhalten mußte. Nur zwei Leute im Dritten Reich konnten nämlich die Gasöfen stoppen: Hitler selbst oder Heinrich Himmler, Reichsführer SS, Innenminister und Vertrauter Hitlers.

Wir versprachen die Sterne vom Himmel und noch mehr, bis es uns schließlich gelang, Himmler, der durch seinen SD wußte, wer wir waren, zu kontaktieren und von ihm die Erlaubnis für ein Zusammentreffen von Becher und Dr. Kastner mit Saly Mayer an der Schweizer Grenze in St. Margarethen zu erwirken.

Becher war Leiter eines Wirtschaftsstabes in Ungarn und bis dahin nicht mit Juden-Angelegenheiten befaßt.

Saly Mayer, Vertrauensmann des amerikanischen Joint in der Schweiz, hatten wir aus eigenem Antrieb angegeben. Wir erklärten, Brand sei ungeeignet gewesen und ohne unser Zutun nach Konstantinopel entsandt worden. Saly Mayer aber in der benachbarten Schweiz sei unser Vertrauensmann und für Verhandlungen geeignet. So kam dieser, nach dem wohl schwierigsten Teil unserer Bemühungen,

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dazu, den Abgesandten Himmlers an der Schweizer Grenze zu treffen. Eigentlich ging es hier um die Absicht Himmlers, von Hitler abzuspringen, was wir allerdings erst später erkannten.

Doch gleich die erste Begegnung brachte uns eine ungeheure Enttäuschung. Saly Mayer durfte Becher und Dr. Kastner nicht ins Schweizer Zollhäuschen bringen. Darauf besorgte Becher ein saufconduit für Saly Mayer, um ins deutsche Zollhäuschen zu kommen, doch dies wagte Mayer nicht. So mußten die Besprechungen mitten auf der Brücke, die Deutschland und die Schweiz trennt und wo die Grenze verläuft, stattfinden. Saly Mayer erklärte hier, er sei *nicht* der Emissär des Joint, sondern der eines Schweizer Wohltätigkeitsvereins und habe auch keine Vollmacht, ein Tauschgeschäft auszuhandeln. So kehrten Becher und Dr. Kastner unverrichteter Dinge nach Budapest zurück, und wieder einmal glaubten wir, daß alles verloren sei, denn Himmler war nur an den Amerikanern interessiert.

Da zeigte Becher erstmals, daß er uns wohlgesonnen war, und verfaßte einen Bericht an Himmler, in dem er sagte, daß Saly Mayer, so wie wir es behauptet hatten, doch ein Joint-Beauftragter sei, doch dürfe er dies nicht offen sagen.

Becher riskierte damit, und später noch oft, seinen Kopf und Kragen für uns. Trotzdem glaubten wir nicht mehr an eine Weiterführung der Verhandlungen mit Himmler. Groß war also unsere Überraschung und auch unser Glücksgefühl, als diese dann doch angeordnet wurden. Nun folgten weitere Grenzbesprechungen, die uns zwangen, gleich auf zwei Fronten zu kämpfen. Einerseits mußten wir in Budapest, in unserer verzweifelten Lage alles versprechen, andererseits hatten wir mit Saly Mayer zu hadern, da er uns fast in allem desavouierte.

Die Verzögerung, die er dadurch verursachte, bedeutete den Tod vieler Menschen, denn täglich wurden etwa Zehntausend Angehörige unseres Volkes deportiert und wie Ungeziefer chemisch vernichtet. Saly Mayer hatte, trotz schöner Worte, die er in Richtung USA fand, keinen Begriff von unserer Lage in Budapest; entweder war er zu alt oder die Situation damals noch nicht reif genug, um zu verstehen, daß man bei kriminellen Morden eines solchen Ausmasses alles versprechen darf, ja muß, ob man es nun halten kann oder nicht. Saly Mayer war einfach nicht bereit, Versprechen zu geben, wie man sie heute etwa Entführern von Menschen gibt, ohne Verpflichtung, sie auch zu halten. Er meinte, ein Schweizer Bürger verspricht nur, was er halten kann. Dies bedeutete aber das Todesurteil für viele, viele tausende von Menschen. Wir dagegen in Budapest hatten gegenüber den größten Missetätern, die die Menschheit je hervorgebracht hat, keine solchen Hemmungen und versprachen Unsummen, obgleich wir nichts besaßen. Schließlich erkannten wir, daß Himmler mehr an einem Kontakt mit den offenkundigen und baldigen Siegern des Zweiten Weltkrieges lag als an unseren materiellen Versprechungen und so die flagrante Nichteinhaltung unserer Zahlungszusagen übersehen wurde.

So erreichten wir es, daß mehrere Züge von Deportierten, etwa 18 000 an der Zahl, statt nach Auschwitz nach Strashof in Österreich kamen und dort nicht selektiert, also nicht vergast wurden. Wir verköstigten sie von Budapest aus. Nach Zahlung der zwei Deportierten-Probezüge, die wir in die Schweiz gelangen liessen (August und Oktober 1944), sollten auch diese Juden von Strashof in die Schweiz folgen. Da aber schon die ersten Züge, was wir schon im voraus wußten, nicht bezahlt werden konnten, geschah dies nie. Dafür konnten sie dann bei Kriegsende vollzählig nach Ungarn zurückkehren.

Schließlich wurden im November 1944 die Vergasungen, ohne Wissen Hitlers, durch Himmler eingestellt. Damit hatten wir unser Hauptziel erreicht. Als unseren Helfer in der Schweiz hatten wir –

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wie schon erwähnt – Saly Mayer ausgesucht. Als er uns enttäuschte, konnten wir ihn nicht mehr austauschen, denn er war ja von uns bei Himmlers Leuten hoch gelobt worden, und so mußten wir mit ihm leben und arbeiten, so wie er war. Es wäre ungerecht, nicht anzuerkennen, daß er sich viel Mühe gab, zu helfen, wie er nur konnte. Aber leere Versprechungen zu geben, wie wir es von ihm verlangten, das konnte er nicht. Er hatte zur Unterstützung der Juden in Ungarn (Kantinen usw.) im ganzen Jahr 1944 vom Joint etwa 1 Million Dollar zur Verfügung gestellt bekommen – also weniger, als man heute Entführern zu zahlen pflegt (Fall Oetker in Deutschland, Fall Palmers in Österreich und viele andere mehr). Anfang des Jahres 1944 waren aber noch über eine Million Seelen im Machtbereich Himmlers zum Sterben im Gas bestimmt.

Doch auch die Summe, über die Saly Mayer verfügen konnte, hatte nicht die Bestimmung, als Lösegeld zu dienen. Die USA führten Krieg gegen Hitlers Deutschland, das also nicht mit amerikanischem Geld gestärkt werden durfte. Wir in Budapest wußten dies und verlangten daher auch kein Geld, sondern nur die Unterstützung unserer Verbrechern gegebenen Versprechen.

In der Schweiz dagegen wollten allerlei Leute von Saly Mayer Geld haben. Niemand wußte, daß Saly Mayer kein Geld hatte und Geld schon gar nicht an NS-Potentaten geben durfte. Er war klug genug, dies bis Kriegsende geheim zu halten. So wollten also Vertreter deutscher Firmen Bestellungen für jüdisches Geld von ihm bekommen, um angeblich Juden zu retten. Doch auch Diamanten- und sonstige Schmuggler, Agenten der verschiedenen Nachrichtendienste und rechtsgerichtete Politiker, die ein Alibi suchten, wollten alle dasselbe, nämlich Geld. Alle diese Leute kamen an Himmler garnicht heran. Oft waren sie Hochstaplern aufgesessen oder waren selbst Hochstapler. Auch glaubten manche, lokale Potentaten in Hitlerdeutschland, die sie kannten, für die Rettung der Juden einschalten zu können.

Nur einem einzigen, einem schweizerischen Nationalrat, gelang es bei Kriegsende, von Himmler empfangen zu werden. Da aber waren die Gasöfen schon seit Monaten abgestellt und gesprengt worden, denn diesbezüglich war unser Werk bereits vollendet. Das Chaos, das wir in Budapest erlebt hatten, war im zusammenbrechenden Dritten Reich nun ebenfalls vollständig. Himmler hatte immer weniger Befugnisse und wurde schließlich von Kaltenbrunner bei Hitler angezeigt. Jedenfalls kam der oben erwähnte schweizerische Nationalrat von Himmler mit materiellen Ansprüchen an Saly Mayer zurück, und zwar auf Zahlungen, die wir für die Probezüge und den Stop der Vergasungen versprochen hatten.

In der Schweiz gab es aber auch verzweifelte Menschen, nämlich Juden, die ihre meist schon toten Angehörigen, von denen sie ohne Nachricht waren, retten wollten. Diese Menschen waren für jeden Schwindler, der die ihrigen herauszuholen versprach, geeignete Objekte. Auch sie stellten, obwohl sie eigene Geldopfer brachten, Ansprüche an Saly Mayer. Man konnte damals nicht mehr erkennen, was in Deutschland vor sich ging, und wir in Budapest waren von den Russen befreit worden. Wir hatten auch keinen Kontakt mehr mit Saly Mayer. Nun begann Saly Mayer einige kleinere Zahlungen zu leisten, die ich, wenn sie auch oft zwecklos waren, keineswegs verurteilen möchte. Denn es war bei diesem Stand der Dinge unmöglich, zu wissen, wer den Juden in den Lagern noch nützen oder wer ihnen schaden konnte. Und es ging ja um viele Menschenleben.

Ich glaube, daß Herr Bauer seinen Aufsatz in vieler Hinsicht anders geschrieben hätte, wenn er die wahren Autoren des oben kurz Geschilderten zu Rate gezogen hätte. Auch wenn dabei, horribile dictu, die ausnahmsweise noble Haltung eines SS-Offiziers zu loben notwendig gewesen wäre.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ich selbst habe all dies in meinem Buche „Der stopp der Endlösung. Kampf gegen Himmler und Eichmann in Budapest" (Stuttgart 1966) beschrieben. Das Buch ist bisher auch im Französischen, Englischen und Portugiesischen veröffentlicht worden. Eine amerikanische Ausgabe ist ebenfalls erschienen.

Es lehrt uns, daß man niemals resignieren darf und selbst in verzweifeltsten Situationen etwas zu tun versuchen muß.

Andreas Biss

MITARBEITER DIESES HEFTES

Hellmuth Auerbach, Wiss. Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte, Leonrodstr. 46b, 8000 München 19.

Dipl.-Ing. Andreas Biss, Schriftsteller, Bleibtreustr. 15, 1000 Berlin 12.

Dr. Larry Eugene Jones, Assoc. Professor der neuen europäischen Geschichte, Canisius College, 2001 Main Street, Buffalo, New York 14208.

Prof. Dr. Michael H. Kater, York University, Atkinson College, Dept. of History, 4700 Keele Street, Downsview, Ontario M3J 2R7, Canada.

Prof. Dr. Elmar Krautkrämer, Professor für Geschichte an der Pädagogischen Hochschule Freiburg, Neuhauserstr. 58, 7815 Kirchzarten.

Prof. Dr. Konrad Repgen, ord. Professor der Mittelalterlichen und neueren Geschichte an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn, Konviktstr. 11, 5300 Bonn 1.

Prof. Dr. Klaus Scholder, Evang. Theolog. Seminar der Universität, Liebermeisterstr. 12, 7400 Tübingen.

Dr. Bernd Steger, Wiss. Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte, Leonrodstr. 46b, 8000 München 19.

Jahrgang 27 (1979), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1979_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte